

**Zeit für eine Neue Politik:  
Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben!!!**

Arbeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird in Brandenburg schlecht bezahlt. Immer noch bestehen riesige Unterschiede bei den Löhnen und Gehältern, aber auch bei der Abhängigkeit von Transfereinkommen. Unsere in der letzten Legislaturperiode jährlich durchgeführten **Brandenburgkonferenzen** haben die Problematik des „Billiglohnlandes Brandenburg“ immer wieder thematisiert und sowohl die Verantwortung der Unternehmer als auch die Verantwortung der Landes- und Bundespolitik, die diese bei der **Sicherung der Tarifautonomie** haben, hervorgehoben. Bei dem Thema Billiglohn geht es uns nicht nur um die Frage der Lohngerechtigkeit sondern um die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Brandenburg.

Eine Vielzahl von Unternehmen hat sich in Ostdeutschland, also auch in Brandenburg, aus der Tarifbindung verabschiedet. Sie zahlen und handeln nicht mehr nach Tarif. Wir sagen: **Flächentarifverträge** haben Schutz- und Gestaltungsfunktion für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie bieten auch Unternehmen zentrale Vorteile. So werden einheitliche Arbeitskosten und damit gleiche Wettbewerbsbedingungen festgelegt, Lohn- und Verteilungskonflikte aus den Betrieben herausgehalten und Planungssicherheit für die Betriebe geschaffen. **Flächentarifverträge verhindern nutzlose Kostensenkungswettläufe und lenken unternehmerisches Handeln auf die Ziele Innovation und Produktion.** Trotz ihrer unbestreitbaren Vorteile sind Flächentarifverträge in Ostdeutschland unter Beschuss. Durch Veränderung der Leiharbeitergesetzgebung, durch die Privilegierung von Mini-Jobs und befristeter Arbeit sowie durch die Regelungen der Hartz-Gesetze wurde und wird erheblicher Druck auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Arbeitslose ausgeübt. Dadurch ist das Lohngefüge in Deutschland einem immer stärkeren Druck ausgesetzt. **Verlierer** sind vor allem die ArbeitnehmerInnen Ostdeutschlands.

Der monatliche Durchschnittslohn und die Angleichungsrate Ost/West stagnieren in Brandenburg seit Jahren, obwohl die Gewerkschaften in den tariflich gebundenen und mit Betriebs- und Personalräten ausgestatteten Betrieben trotz aller Gegenwehr positive Tarifabschlüsse durchsetzen konnten. Unsere Forderungen an die Politik auf Einführung gesetzlich geregelter Haltelinien gegen **Lohndumping** wurden trotz langer Kampagnen in den Städten und Gemeinden Brandenburgs von der Brandenburger Landespolitik nicht mit dem genügenden Ernst behandelt. Bisher fehlen entsprechende Gesetze zur Einführung von **Mindestlöhnen** und der Erlass eines Landes-**Vergabegesetzes**, das die öffentliche Auftrags-Vergabe an soziale und tarifliche Standards koppelt. Sowohl die Großen Koalitionen aus SPD und CDU auf Bundesebene als auch auf Landesebene waren nicht bereit bzw. nicht in der Lage, die Löhne in Deutschland vor dem Absturz zu bewahren.

Ein positives Ende fand dagegen die **Kampagne des DGB** zum Erhalt und zur Ausweitung der **Gewerbsteuer**. Auch das Land Brandenburg hat von der Umgestaltung und Absicherung der Gewerbesteuer profitiert. Hier ist die von uns geforderte Wende eingetreten. Aktuell werden seitens der Arbeitgeberverbände jedoch wieder verstärkt Stimmen laut, die die von Unternehmern ungeliebte Gewerbesteuerreform wieder zurückdrehen möchten. Der **Einbruch der Wirtschaftsleistung** infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise hat in vielen Kommunen Deutschlands bereits zum Einbruch bei den Gewerbesteuereinnahmen geführt. In Brandenburg ist zurzeit nicht absehbar, inwieweit die Gewerbesteuereinnahmen hier ebenfalls einbrechen werden. Wir sagen: Diese Krise darf nicht dazu führen, dass diese wichtige Gemeindesteuer wieder unter Beschuss gerät.

Trotz Gewerbesteuerreform haben wir in unserem Land bei der **Steuerbelastung** weiterhin ein **Umverteilungsproblem**. Dieses Umverteilungsproblem ist von der Großen Koalition auf Bundesebene durch die drastische Erhöhung der **Mehrwertsteuer** zusätzlich verschärft worden. Ganz besonders Rentnerhaushalte und die Haushalte von Arbeitslosen und Sozial Schwachen und die Familien mit Kinder bekommen diese **Konsumsteuer-Belastungen** zu spüren: Sie sind es, die einen Großteil dieser Steuerlast zu tragen haben, während ihre Renten und Arbeitseinkommen in den letzten Jahren nicht nennenswert gestiegen sind bzw. durch Beschränkung der Hartz IV-Sätze nicht bedarfsgerecht ausgestattet wurden. In Brandenburg wirkt sich diese Belastung aufgrund der insgesamt niedrigen Einkünfte ganz besonders negativ auf die **private Nachfrage** aus.

Trotz aller Steuer- und Abgabeerhöhungen für Normal- und Niedrigverdiener ist die **Handlungsfähigkeit des Staates** bei weitem nicht gesichert. Denn bisher wurden reichliche **Steuergeschenke an Höherverdienende und Reiche** verteilt. Der DGB fordert seit Jahren, dass die Handlungsfähigkeit des Staates nicht eingeschränkt sondern vielmehr ausgebaut und gesichert werden muss. Deshalb ist die Anhebung des **Spitzensteuersatzes** bei der Einkommenssteuer, die Wiedereinführung der **Vermögenssteuer** und der **Börsenumsatzsteuer** und die Erhöhung der **Erbschaftssteuer** für große Vermögen das Gebot der Stunde. Langfristige Konzepte zur Sicherung der staatlichen Einnahmen bei gleichzeitiger Sicherung unseres Sozialstaates sind trotz der Kampagnen des DGB und seiner Gewerkschaften seitens der Großen Koalition auf Bundesebene aber auch auf Landesebene zurzeit nicht in Ansätzen sichtbar. Wir fordern sie hiermit ein. Wir erwarten ein **Umsteuern** in der **Finanz- und Steuerpolitik**, in der **Sozialpolitik**, in der **Arbeitsmarktpolitik**, in der **Kinder- und Jugendpolitik**, bei der **Finanzierung unserer Sozialsysteme** und in der **Bildungspolitik**. Es muss endlich Schluss sein mit der Umverteilungspolitik von unten nach oben, und es muss Schluss sein mit den Zugeständnissen an Großverdiener, Vermögende, Privatisierer und Deregulierer.

Die von Bund und Ländern verabschiedete **Schuldenbremse** macht deutlich, dass die politischen Eliten immer noch nicht verstanden haben, wie wichtig **staatliches Handeln** zum Erhalt unseres politischen Gemeinwesens ist. Das Signal der Schuldenbremse bedeutet, dass

Spielräume für staatliches Handeln nicht gewünscht werden. Das Gerede über Steuersenkungen für die angeblichen Leistungsträger verstärkt diesen Eindruck zusätzlich.

Der **Rückzug des Staates** aus vielen Bereichen hat unsere Gesellschaft geschwächt und auch in Brandenburg die **soziale Polarisierung** verschärft. Auch in Brandenburg wurde der **öffentliche Dienst finanziell ausgetrocknet**, wurden Betriebe privatisiert, wurden Aufgaben ausgegliedert ohne Rücksicht auf die Folgen für unser Gemeinwesen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wurden zu **Prügelknaben** eines ungeliebten Systems. Wir stellen fest: Wer den öffentlichen Dienst demontiert, gefährdet die Gesellschaft und entzieht uns den Boden, auf dem unser Gemeinwesen gedeihen kann.

Die **öffentliche Daseinsvorsorge** ist in Zeiten des Neoliberalismus genug gebeutelt worden. **Dubiose Finanzierungsmodelle** haben das Staatsvermögen dezimiert. Staatliche Verantwortung sieht anders aus. Wir fordern die Rückführung von privatisierten Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge in den öffentlichen Bereich. Die These, dass Private alles besser können und wirtschaftlicher arbeiten, ist spätestens seit der Banken- und Finanzkrise mehr als deutlich widerlegt worden. Jetzt müssen die Weichen für eine **Aufwertung des öffentlichen Dienstes** gestellt werden und die öffentliche Daseinsvorsorge muss auch von der Landespolitik als wichtige Zukunftsaufgabe behandelt werden.

Für uns ist unerlässlich, dass bei jeglicher politischen Entscheidung die **Gerechtigkeitsfrage** zu beantworten ist. Eine Politik, die ausschließlich an den Interessen der Wirtschaft ausgerichtet ist, führt in die Irre. Wir brauchen Initiativen, die den Menschen nützen und Ungerechtigkeiten beseitigen. Zukunft ist nur mit gerechter Verteilung, mit Demokratie und unter Beachtung der **Selbstbestimmung** und in **Solidarität** lebbar.

**Positionspapier des DGB Landesbezirks Berlin-Brandenburg  
anlässlich der Brandenburger Landtagswahl und der  
Bundestagswahl am 27. September 2009**

**Die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist auch Aufgabe der Politik!!!! Arbeit, Bildung und Leben in Brandenburg**

- **Brandenburger leisten viel und verdienen wenig**

Der monatliche **Bruttodurchschnittslohn** je abhängig Beschäftigtem betrug Ende 2007 in Brandenburg 1.800,-- €. In Westdeutschland wurden zum gleichen Zeitpunkt monatlich durchschnittlich 2.290,-- € brutto verdient. Das waren 490,-- € monatlich mehr als in Brandenburg. – Im April 2008 mussten allein 71.500 Personen außerhalb der Optionskommunen zusätzliche Hartz IV-Unterstützung zu ihren Niedriglöhnen beantragen. - Mehraufwandsentschädigungen für 1 € Jobs (MAE) erhielten 14.200 Brandenburgerinnen und Brandenburger. Sie wurden zur Arbeit innerhalb ihres Arbeitslosengeld II Bezugs herangezogen.

Trotz vielfältiger Kampagnen des DGB sind konkrete Initiativen zur **Verbesserungen beim Arbeitslosengeld I** – wie eine Verlängerung der Bezugsdauer von Alg I und Verbesserungen bei den Anwartschaftszeiten beim Alg I-Bezug - und beim **Arbeitslosengeld II** – wie die Anpassung der Bedarfssätze an den tatsächlichen Bedarf der Menschen; eine Entbürokratisierung des Antragsverfahrens; geringere Anrechnung von Partnereinkommen und Vermögen - seitens der Großen Koalition aus SPD und CDU in Brandenburg ausgeblieben. Auch die Kampagnen der Gewerkschaften zur Einführung von Mindestlöhnen – kein Lohn unter € 7,50 – führten nicht zu dem von uns gewünschten Erfolg. Auch die Regelung der öffentlichen Auftrags-Vergabe und deren Koppelung an soziale und tarifliche Standards wurden nicht in Angriff genommen. Auch eine Änderung der Leiharbeitsregelungen stand nicht im Fokus der Brandenburger Politik.

- **der Anteil prekärer Arbeitsplätze ist hoch**

Rund 34 % der Arbeitsplätze in Brandenburg waren Ende 2007 nicht mehr standardisiert, d. h. es handelte sich um befristete Arbeitsplätze, um Leiharbeit oder um – meist unfreiwillig übernommene - Teilzeitarbeit und um Bezahlungen außerhalb des Tariflohnes. Eine Ursache für diese Ent-Standardisierung liegt darin, dass der größte Teil der Brandenburger Betriebe über **keine betriebliche Interessenvertretung** in Form von Betriebsräten verfügt bzw. die **Mitbestimmung** z.B. in **Tendenzbetrieben** schwächer ausgestaltet ist als im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft.

Abhilfe würde hier aber auch ein höherer gewerkschaftlicher Organisationsgrad in den Betrieben und ein aktives Handeln der Zivilgesellschaft schaffen.

- **Brandenburg verfügt über zu wenig existenzsichernde Arbeit**

Im Land gibt es **zu wenige Arbeitsplätze**: 1995 waren in Brandenburg noch 911.000 Menschen sozialversicherungs-pflichtig beschäftigt, Ende Oktober 2008 waren es nur noch 752.300. Junge Menschen und Menschen, die es sich leisten können, ziehen der Arbeit hinterher. Vor allem junge Frauen haben in den letzten Jahren ihren Wohnsitz in den Westen verlegt.

240.000 **Pendlerinnen und Pendler** (Stand 06.2007) sind nur noch zeitweise an ihrem Wohnort in Brandenburg. Aufgrund der hohen Pendlerkosten leben dabei vor allem Leiharbeiter oft „von der Hand in den Mund“. Ende 2006 betrug die **Auspendlerquote** 27,2 %. – Ohne die Flexibilität der PendlerInnen und der Duldsamkeit ihrer Familien würde die Arbeitsmarktsituation Brandenburgs erheblich düsterer aussehen.

- **Aderlass beim öffentlichen Dienst**

Brandenburg hat mit seinem **Abbau im öffentlichen Dienst** bereits vor Jahren einen empfindlichen Aderlass eingeleitet. So sank die Zahl der **Landesbediensteten** von 69.720 in 2003 auf aktuell 54.000. **Anvisiert** sind von der bis zu den Wahlen im September 2009 amtierenden Großen Koalition aus SPD und CDU **40.000 Beschäftigte** in 2020. - Im gesamten öffentlichen Dienst ging die Zahl der Beschäftigten von 123.880 im Jahr 2003 auf 116.121 in 2005 zurück.

- **Industrie- und Energieunternehmen sind wichtige Eckpfeiler für die Entwicklung des Landes**

Das **ostdeutsche verarbeitende Gewerbe** ist im Hinblick auf die Lohnstückkosten inzwischen wettbewerbsfähig und erzielt auch hohe Produktivitätszuwächse. Eine gegenläufige Entwicklung zeigt der schrumpfende Bausektor. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist zu gering. Seine dynamische Expansion reicht nicht aus, um ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erreichen, mit dem die Arbeitslosigkeit gesenkt werden könnte. - Auch in Brandenburg ist die **Produktivitätsrate** in den gewerblichen Betrieben **erheblich gestiegen**. In den gewerblichen Betrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten lag die Produktivitätsrate im Jahr 2005 laut Daten der Zukunftsagentur Brandenburg bereits bei 103,4 % des westdeutschen Niveaus, in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten lag die Produktivitätsrate bei 101,6 %, einzelne Spitzenbetriebe lagen sogar bei 120 %. Zu diesen zählten die **Auto-, Chemie- Luftfahrt- und Raumfahrtindustrie**.

Mit der Umstellung der **Wirtschaftsförderungspolitik** auf Schwerpunktbranchen und die Förderung von Regionalen

Wachstumskernen hat die Brandenburger Landesregierung versucht, die industriellen Kerne zu sichern, zu stabilisieren und die industrielle Basis auszubauen. - Der DGB hat den neuen Wirtschaftsförderansatz der Landesregierung – weg von dem Grundsatz der dezentralen Konzentration – hin zur Förderung von Schwerpunktbranchen und zur Schaffung von Regionalen Wachstumskernen – unterstützt. Wir haben uns von dieser Form der Wirtschaftsförderung auch einen **Ausbau der industriellen Basis** versprochen und hatten die **Ansiedlung** von Wachstumsbranchen im Blickfeld. Für uns war von entscheidender Bedeutung, dass die Gewährung von Fördermitteln künftig an die Schaffung und den Erhalt von **Arbeitsplätzen** gebunden wird und – um die Innovationsfähigkeit der Betriebe zu fördern - auf **Mitbestimmung** und **tarifliche Entlohnung** geachtet wird.

Vom Brandenburger Wirtschaftsminister wird weiterhin verkannt, dass die **tarifliche Entlohnung** in den Unternehmen die **Innovationsfähigkeit** der Betriebe stärkt und gleichzeitig für die Stabilisierung der privaten Nachfrage sorgt. So hat Brandenburg zwar Erfolge bei der Ansiedlung von Unternehmen der Solarbranche und der Windkrafttechnik. Ganz besonders in der Solarbranche wurden jedoch Beschäftigungsbedingungen geboten, die nicht den in der Metall- und Elektroindustrie geltenden Tarifverträgen entsprechen.

Die in der Legislaturperiode begründete verstärkte Zusammenarbeit mit **Berlin**, die auch von uns gefordert worden ist, hat die Position der Brandenburger Wirtschaft insgesamt gestärkt. Allerdings hat Berlin auch eine unterdurchschnittliche industrielle Basis. In Berlin fehlen laut aktueller Studien 370.000 Arbeitsplätze, davon 90.000 in der Industrie.

Die von uns geforderte **Bestandspflege** hat sich insbesondere in der jetzt aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise bewährt. Dennoch konnte nicht immer verhindert werden, dass Betriebe mit Verlagerungen drohen, um Kosten insbesondere bei den Löhnen zu sparen. Das größte aktuelle Problem liegt beim **Einbruch von Aufträgen**. Mit Kurzarbeit werden aktuell Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgefangen, wobei Kollegen, die nicht zur „Stammebelegschaft“ gehören als erste ihre Arbeit verloren haben. Der DGB dringt auf die **Vergabe öffentlicher Aufträge** und auf Stabilisierung der privaten Nachfrage mit Hilfe von Konjunkturpaketen. Ansonsten befürchten wir, dass aufgrund von Liquiditätsengpässen –durch erzwungene längere Zahlungsziele -und im Zusammenhang mit den lange Monate nicht ausgelasteten Kapazitäten die Betriebe früher oder später doch zu Entlassungen greifen werden. – Um unsere Forderungen rechtzeitig zu platzieren, arbeiten wir im Konjunkturbeirat des Wirtschaftsministeriums mit.

Bei der **Energiepolitik** hat sich Brandenburg für einen Mix aus Kohleenergie und Erneuerbaren Energien entschieden. Diese Zielsetzung wurde vom DGB unterstützt. Von der Entwicklung und Produktion neuer Umwelt-Techniken versprechen wir uns den Erhalt und den Ausbau von Arbeitsplätzen.

- **Die Brandenburger Wirtschaftsstruktur hat weiterhin Schwächen**

Die Wirtschaftsstruktur Brandenburgs besteht aus **wenigen Großbetrieben** und einem Gros von **Klein- und Mittelbetrieben**, wobei die **Kleinstbetriebe** eine erhebliche Rolle spielen. . Lediglich 2 % der Betriebe in Brandenburg haben mehr als 100 (!) Beschäftigte. - Der Industriebesatz ist unterdurchschnittlich: nur 9 % der Betriebe gehören zum verarbeitenden Gewerbe. Dieses Manko konnte auch in der vergangenen Legislaturperiode nicht beseitigt werden.

Betriebe, in denen gewählte **Betriebsräte** agieren und in denen gewerkschaftliche Mitbestimmung praktiziert wird, sind rar in Brandenburg. 53 % der Betriebe beschäftigen nur 1 – 4 ArbeitnehmerInnen und sind demnach nicht vom Betriebsverfassungsgesetz erfasst.

Die fragile Wirtschaftsstruktur schlägt sich vor allem in der schlechten **Bezahlung** der ArbeitnehmerInnen nieder und führt zu niedrigen Steuereinnahmen im Land. Das Nicht-Kümmern der Landespolitik um tariflich vereinbarte Entlohnung bei den Auftragsnehmern von öffentlicher Vergabe hat die Schwäche der Wirtschaftsstruktur gravierend befördert. Die **niedrige private Nachfrage** animiert weder zu Betriebsansiedlungen noch macht sie einen Ausbau der vorhandenen Betriebe erforderlich. Insbesondere die Vielzahl von **Dienstleistungsunternehmen** ist von einer verlässlichen privaten Nachfrage abhängig, die durch niedrige Löhne und Gehälter nicht zu erreichen ist.

Der DGB hatte in den letzten Jahren seine Öffentlichkeitsarbeit auf das Thema „Niedriglohn“ fokussiert, um Bewusstsein für dieses Problem zu schaffen und auf Abhilfe zu drängen. Die **Ideologie der niedrigen Löhne** ist aber in Brandenburg derart weit verbreitet, dass die Nachteile dieser Strategie in weiten Teilen der Wirtschaft nicht gesehen werden.

- **Innovationstätigkeit der Brandenburger Betriebe gering**

Aufgrund der Kleinteiligkeit der Brandenburger Wirtschaft und aufgrund der Branchenstruktur ist die Innovationstätigkeit der Brandenburger Unternehmen unterdurchschnittlich sowohl im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern als auch im Vergleich zu Westdeutschland. So wurden nur in 35 % der Betriebe Brandenburgs Innovationen umgesetzt (vgl. Betriebspanel 9. Welle). Westdeutschland kam auf 43 % der Betriebe, Ostdeutschland auf 42 % der Betriebe. Die **Produktinnovationen** in Brandenburg betrafen nur 9 % (Westdeutschland 12 %; Ostdeutschland 11 %) der Betriebe, während in 15 % der Betriebe Brandenburgs **Prozessinnovationen** durchgeführt

wurden (Westdeutschland 12 %; Ostdeutschland 11 %). Betriebe, in denen sowohl Produkt- als auch Prozessinnovationen durchgeführt wurden, hatten in Brandenburg einen Anteil von 11 % (Westdeutschland 15 %; Ostdeutschland 15 %).

Die Unternehmen sind gefordert, mit ihrer Personalentwicklung, Arbeitsorganisation, Arbeitsgestaltung, Verstärkung ihrer beruflichen Bildung, mit Qualifikationsmaßnahmen zur Stärkung ihrer **Innovationsfähigkeit** beizutragen. Die in Brandenburg viel diskutierte Entwicklung neuer Produkte kann nur gelingen, wenn sich die Betriebe ihrem Personal zuwenden und soziale Verantwortung übernehmen.

Um darüber hinaus betriebliche Innovationen zu stützen, sollte die gut ausgebaute **Hochschullandschaft** der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg verstärkt genutzt werden. Das Profil der Hochschulen sollte deshalb besser auf sich herausbildende industrielle Schwerpunkte und auf die kleinbetriebliche Struktur der Unternehmen orientiert werden.

- **Arbeitslosigkeit prägt die Brandenburger Gesellschaft**

In Brandenburg sind Mitte 2009 trotz Wirtschafts- und Finanzkrise mit 162.632 Arbeitslosen Zehntausende weniger Menschen als arbeitslos registriert als noch vor 5 Jahren. Dennoch sagt die Statistik wenig über die tatsächlichen Verhältnisse im Land nach der Einführung von Hartz IV aus. Denn eine Vielzahl von Arbeitslosen erhält keine Arbeitslosengeld-Leistungen mehr, da Partnereinkommen und „Vermögen“ angerechnet werden und sich die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld I gerade bei **gebrochenen Erwerbsbiografien** dramatisch verkürzt hat. Die **Langzeitarbeitslosigkeit** bei „älteren“ Arbeitslosen ab 50 Jahren verfestigt sich, ohne dass dies in der Statistik ablesbar ist, da Arbeitslose ab dem Alter von 58 Jahren nicht mehr in der Statistik auftauchen.

Arbeitslosengeld II bezogen im Juni 2009 113.680 Arbeitslose. Damit erreichen Bezieher dieser Leistungen 69,9 % der in der Arbeitslosenstatistik insgesamt registrierten Arbeitslosen.

Hartz IV hat zu mehr **Ausgrenzung** geführt und führt zu einer sich steigenden Armutszahl. Insbesondere **Kinder** sind aufgrund der niedrigen –nicht bedarfsgerechten - Leistungssätze immer mehr von Armut betroffen oder von Armut bedroht. Mit **Schulanfängerpaketen**, Zuschüssen zum **Schulessen** und mit der Absicherung des **Schülertickets**, wurde in Brandenburg versucht, die größte Not zu lindern. Auch das vom DGB und den Gewerkschaften geforderte **Sozialticket**, das von der Landesregierung nach erstem Zögern als Mobilitätsticket letztendlich doch eingeführt und finanziert worden ist, hat vielen von Armut Betroffenen zu neuer Mobilität verholfen. Es ist jedoch in einigen Regionen in Relation zum bestehenden Angebot und in Relation zu den Einkommen immer noch zu teuer. Hier erwarten wir uns Änderungen in der kommenden Legislaturperiode.

Änderungen in der Arbeitsmarktpolitik sind sehr schwierig durchzusetzen. Trotz breiter Bündnisse ist die Ideologie, dass Arbeitslose unqualifiziert und arbeitsunwillig sind, kaum zu durchbrechen. Der DGB beteiligt sich deshalb an der Arbeit des Erwerbslosenbündnisses **KESS** – Kongress der Erwerbslosen und Sozial Schlechter Gestellten – in Brandenburg und hat zusammen mit dem Bündnis diverse Veranstaltungen im Land und in der Landeshauptstadt durchgeführt. Die von KESS entwickelten Forderungspapiere basieren aus der Erfahrung der Akteure vor Ort und aus den von Arbeitslosen geschilderten Erfahrungen. Auch an der vom Arbeitslosenverband (ALV), vom Paritätischen Wohlfahrtsverband und der LIGA initiierte und 2009 in Brandenburg gegründete **Armutskonferenz** beteiligt sich der DGB. Im Rahmen dieser Arbeit wurde unser Bericht „**Arm trotz Arbeit**“ herausgegeben.

- **Lage auf dem Ausbildungsmarkt schwierig**

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist trotz des prognostizierten **Fachkräftemangels** schwierig. Trotz aller Anstrengungen seitens der Brandenburger Landesregierung ist es immer noch nicht gelungen, die **betrieblichen Ausbildungsplätze** dem Bedarf junger Menschen anzupassen. Seit über einem Jahrzehnt konnte nur jeweils die Hälfte der BewerberInnen mit einem Ausbildungsplatz „versorgt“ werden. Pro Bewerber betrug der Anteil an betrieblichen Ausbildungsplätzen zwischen 23,5 % und 25,6 %, somit steht seit Jahren nur jedem vierten Bewerber / jeder vierten Bewerberin ein betrieblicher Ausbildungsplatz zur Verfügung. Von der schlechten Ausbildungsplatzsituation sind vor allem Mädchen negativ betroffen. Sie werden nur in wenigen – später meist schlecht bezahlten – Berufen betrieblich ausgebildet.

Durch das dauernde Blicken auf ein quantitativ ausgeglichenes Angebot aus Bewerbern und betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungsplatzangebot ist der Blick verstellt worden auf die **Qualität betrieblicher Ausbildung**. Viele Auszubildende leiden unter schlechten Bedingungen in der Ausbildung und brechen die Lehre vorzeitig ab, während andere seit Jahren einen Ausbildungsplatz suchen und vielfach mit Hilfe von fragwürdigen Testverfahren als „nicht ausbildungsfähig“ abgestempelt werden. So sind viele Berufswünsche offen geblieben und vielfach geeignete Bewerber und Bewerberinnen auf der Strecke geblieben.

Die von uns seit Jahren erhobene Forderung nach Erhebung Erhebung einer **Ausbildungsplatzabgabe** stieß in der Großen Koalition aus SPD und CDU auf keine Gegenliebe. Sie wird aber insbesondere gebraucht, um die vielen **Altbewerber** endlich in Ausbildung zu bringen. Auch die Forderungen nach Ausbildungsprämien, wie sie u.a. von der Gewerkschaft IG BCE erhoben wurden, wurden nicht erfüllt.

- **Regionalplanung wird stiefmütterlich behandelt**

In Deutschland sind **gleichwertige Lebensverhältnisse** als Ziel im Grundgesetz und folgerichtig auch im Raumordnungsgesetz vorgeschrieben. Auch die Europäische Union hat sich auf den Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse in allen Regionen verpflichtet. Trotz dieser verfassungsrechtlichen und europäischen Zielsetzung findet in Brandenburg die Arbeit der **Regionalen Akteure** bei der Weiterentwicklung der **Regionalen Entwicklungspläne** immer weniger Gehör, obwohl sich gerade die örtlichen Akteure für die Angleichung und Verbesserung der Lebensbedingungen stark machen.

„Stärken stärken“, das Ziel, das in der Wirtschaftsförderung durchaus erfolgreich sein kann, wurde von der Landespolitik fälschlicherweise auch als Ziel in der Regionalplanung propagiert. Die Zielsetzung sollte dazu führen, dass starke Regionen mit ihrer Ausstrahlung auch zur Stärkung schwächerer Regionen beitragen. Leider funktioniert dieser Ansatz nicht. Denn oft sind die „Starken“ nicht stark genug oder die Schwachen zu schwach.

Wir meinen: **Jede Region** muss in ihren **Stärken und Schwächen** betrachtet werden und die Möglichkeit zur Weiterentwicklung und Stärkung ihrer bereits **vorhandenen Potenziale** haben. Das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes zu schaffen, ist europäisches Recht und muss von der Landespolitik beachtet werden. Nachhaltige Regionalentwicklung ist von der Landesregierung zu unterstützen.

Der DGB vermisst die **Koordinierung der Regionalplanung** durch die Landesregierung und mahnt auch die **Weiterentwicklung des Landesentwicklungsplanes** auf der Grundlage des Raumordnungsgesetzes an. Zukünftig ist es unerlässlich, dass die vor Ort unter der Beteiligung der unterschiedlichsten Akteure entwickelten Regionalen Entwicklungspläne von der Landesregierung besser **finanziell unterstützt** und personell besser abgesichert werden. Wie bei der regionalen Entwicklungsplanung muss auch bei der Landesentwicklungsplanung die **demokratische Mitwirkung** von Organisationen und Verbänden und der Bürgerinnen und Bürger sichergestellt werden.

- **Kommunen haben keine ausreichenden Finanzmittel**

Innerhalb der vergangenen Legislaturperiode ist es - auch aufgrund der Initiative von DGB und Gewerkschaften - gelungen, die **Gewerbesteuer** zu erhalten und zu reformieren. Dies hat die **Finanzausstattung** der Brandenburger Kommunen nachhaltig verbessert. Aber nicht alle Brandenburger Kommunen konnten aufgrund ihrer schwachen

Wirtschaftsstruktur von dieser Entwicklung profitieren. Die **Abhängigkeit** der Brandenburger Kommunen von den Finanzausweisungen des Landes ist weiterhin hoch. Die kommunale Selbstverwaltung vor Ort hat die schwierige, oft unlösbare Aufgabe, mit **knappen Kassen** und geringen Verschuldungsmöglichkeiten die laufenden Kosten zu bewältigen und dabei noch die dringend erforderlichen Zukunftsaufgaben zu bewältigen.

Den kommunalen Akteuren sind vielfach die Hände gebunden, wenn es heißt die **soziale, kulturelle und Mobilitäts-Infrastruktur** nachhaltig auszubauen, da die Begleichung der Folgekosten nicht garantiert werden kann. Vor allem die Personal-Ausstattung der **Kinder- und Jugereinrichtungen**, der Schulen und der **Kultureinrichtungen** leidet unter dieser **Politik der knappen Mittel**. Oft geäußerte Vorstellung der Landesregierung ist, dass soziale Einrichtungen und Kultureinrichtungen möglichst mit Hilfe privater Initiativen und ehrenamtlicher Arbeit gestützt und betrieben werden sollen. In unseren Veranstaltungen in Brandenburg haben wir stets gefordert: Professionelle **Arbeit muss anständig entlohnt** werden, und die **Personalschlüssel** müssen den tatsächlichen Personalbedarf einschließlich Krankheitszeiten, Urlaubszeiten und Zeiten für Qualifikationsmaßnahmen berücksichtigen. Hierzu müssen die finanziellen Mittel bereit gestellt werden. Der **Betreuungsschlüssel in den Kitas** ist dem Bedarf von Kindern und Erzieherinnen anzupassen, sprich zu erhöhen. Hier ist viel zu lange auf dem Rücken der Erzieherinnen und der betroffenen Kinder und Familien gespart worden.

Auf kommunaler Ebene ist seit Jahren ein erheblicher **Stellenabbau** zu verzeichnen. So liegen die Personalausgaben des Jahres 2007 auch aufgrund von Privatisierungen mit knapp 1,5 Mrd. € um 68 Mio. € unter den Ausgaben des Jahres 1999. Gedrückt wurden vor allem die Personalausgaben in Tageseinrichtungen. Sie fielen von 314 Mio. € im Jahre 1999 auf 238 Mio. € im Jahre 2006 und damit um 24 %.

- **Öffentlicher Personennahverkehr muss Garant für Mobilität bleiben!**

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wird im Grundgesetz und im Regionalisierungsgesetz als **Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge** definiert. In Brandenburg ist der ÖPNV jedoch auch nach der zuletzt vorgenommenen Änderung des Landes-ÖPNV-Gesetzes im Jahr 2006 nur „freiwillige“ Aufgabe der Kommunen und der Landkreise. Der DGB fordert hier seit langem Änderungen.. Gerade in einem Flächenland ist Mobilität nicht freiwillig zu sichern.

Auch als **Standort wichtiger Verkehrstechnikunternehmen** ist Brandenburg gut beraten, wenn es sich wieder mehr dem Öffentlichen Personennahverkehr zuwendet. Die Ausschreibung der Strecken im **schienengebundenen Personennahverkehr**, die von vornherein vorsieht, die Vergabe an unterschiedliche Anbieter zu geben, wurde von uns nachdrücklich kritisiert und als gewolltes „Lohndumping“ abgelehnt.

- **Investitionen der Gemeinden zu niedrig**

Öffentliche **Investitionen** werden in Deutschland zu 60 % von den Gemeinden durchgeführt. Sie sichern damit Arbeitsplätze von der privaten Bauwirtschaft über Dienstleistungsunternehmen, Betrieben der Verkehrstechnik bis zur Stahlindustrie. Aber in den Brandenburger Kommunen ist das Geld für öffentliche Investitionen **knapp**. Wurden 1999 noch Investitionsausgaben in Höhe von 1,2 Mrd. Euro durch die Brandenburger Kommunen getätigt, waren dies 2007 nur noch 835 Mio. Euro. Das sind 384 Mio. € oder 31,5 % weniger. Dabei fielen die Baumaßnahmen von 1,1 Mrd. € auf 726 Mio. €, das sind Kürzungen in Höhe von 356 Mio. € oder 32,9 %.

Für Brandenburg hat der Rückgang von Investitionen der Kommunen die **Streichung von Arbeitsplätzen** vor allem in der **Bauwirtschaft** nach sich gezogen. Jetzt wird nach langem Zögern während der Finanz- und Wirtschaftskrise auch auf Druck der Gewerkschaften mit **Konjunkturpaketen** der Bundesregierung gegen gesteuert. Bisher haben sich die Konjunkturpakete in Brandenburg noch nicht in einem erhöhten Auftragsvolumen niedergeschlagen. Darüber hinaus muss befürchtet werden, dass es bei der Umsetzung der Konjunkturpakete vor Ort zu Problemen kommen könnte, da die noch vorhandenen regionalen Bau-Unternehmen nicht mehr über ausreichende Kapazitäten verfügen, um diese Aufträge zu bedienen. Auch die **Co-Finanzierung** durch die Kommunen ist aufgrund ihrer schlechten Finanzlage und aufgrund der eingeschränkten Kreditaufnahmefähigkeit nicht überall gesichert.

Wir haben immer wieder gefordert, dass die **Auftragsvergabe** des Landes und der Kommunen **unbedingt verstetigt** werden muss und sich an **sozialen und tariflichen** Standards auszurichten hat. Nur so können im Land Arbeitsplätze nachhaltig geschaffen und gesichert werden. Sozial- und Lohndumping haben in der öffentlichen Auftragsvergabe keinen Platz.

- **Einkommens- und Betriebsstruktur führt zu Mehrbedarf von Bundeszuweisungen und erhöhtem Länderfinanzausgleich**

Brandenburg ist aufgrund der **Einkommensstruktur** seiner EinwohnerInnen und aufgrund seiner **Betriebsstruktur** weiterhin auf die Hilfe des Bundes und der finanzstarken Bundesländer angewiesen. Der Bruttodurchschnittslohn je abhängig Beschäftigtem liegt bei 1.800 Euro. Damit werden 78 % des Westniveaus erreicht. Dabei zeigt die Angleichungsquote aber derzeit wieder eine fallende Tendenz. Zur Lohnmisere trägt bei, dass nur noch 23 % (Westdeutschland 43 %) der Betriebe tarifgebunden sind. Eine Vielzahl Brandenburger Betriebe befindet sich somit außerhalb des tarifvertraglich vereinbarten Lohngefüges und trägt mit dazu bei, dass sowohl die Löhne und Gehälter der Brandenburger und Brandenburgerinnen geringer sind als in anderen

Regionen unserer Republik, als auch, dass die **Lohnsteuereinnahmen**, über die das Land verfügen kann, weitaus geringer ausfallen, als dies bei **tariflicher Bezahlung** der Fall wäre.

Nicht nur für die Beschäftigungssituation sondern auch für die Betrachtung der Steuereinnahmen des Landes ist darüber hinaus wichtig, sich die Größe und die Umsatzmöglichkeit Brandenburger **Unternehmen** zu betrachten. Brandenburg beherbergt eine Vielzahl Klein- und Kleinstunternehmen mit unter 5 Beschäftigten und geringem Umsatz. 53 % der Betriebe mit insgesamt 95.000 Beschäftigten beschäftigen nur 1 bis 4 Arbeitnehmer. Größere, umsatzstarke Betriebe mit über 1.000 Beschäftigten und hohem Umsatz und hoher Wertschöpfung sind dagegen kaum noch vorhanden

Umso wichtiger wäre bei dieser Betriebsstruktur eine starke **Binnennachfrage**, die den vielen Kleinbetrieben **Absatzchancen** bietet. Sowohl die private als auch die **öffentliche Nachfrage** müssen in Brandenburg gestärkt werden. Genau hier sind Antworten der Politik im Land und im Bund seit Jahren ausgeblieben. Hier sind dringend Kurskorrekturen notwendig. Die **Konjunkturpakete I und II** sind ein wichtiger Anfang, sie müssen aber durch weitere Stabilisierungsmaßnahmen des Landes begleitet werden.

- **Kultur gehört zum Leben**

Im Kulturbereich verlässt sich Brandenburg zu sehr auf die Nähe zur Bundeshauptstadt Berlin und auf private Initiativen. Ganz besonders Berlin-ferne Bereiche werden so vom kulturellen Leben abgekoppelt, da weite Wege mit hohen Fahrtkosten zurückzulegen sind oder aber hohe Eintrittspreise einen Großteil der Bevölkerung ausgrenzen. Wir fordern das Land auf, die Städte und Gemeinden in ihrer Kulturarbeit mehr zu unterstützen und Kulturarbeit als öffentliche Daseinsvorsorge zu betrachten, die allen gesellschaftlichen Schichten offen stehen muss.

- **Absage an neoliberale Sparpolitik**

Der bisherigen neoliberalen Sparpolitik des Bundes und der Länder erteilen wir eine klare Absage. Sie ist Gift für die Wirtschaftsentwicklung unseres Landes. Der Verzicht auf eine **makroökonomische Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik** zur Stärkung des Binnenmarktes, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Förderung des Wirtschaftswachstums hat zur Finanzkrise und zur Wirtschaftskrise in Gesamt-Deutschland geführt. Die Folgen für unsere Region sind zurzeit noch nicht absehbar. Die **verfehlte Finanzpolitik** der Vergangenheit hat immer mehr Menschen ausgegrenzt und statt zu weniger zu einer erhöhten Abhängigkeit von Transferleistungen geführt.

Wir erwarten von den Parteien und der neu gewählten Landesregierung, dass sie sich hier für eine **grundsätzliche Kurskorrektur** der Bundespolitik einsetzt aber auch die Folgen der Sparpolitik auf

Landesebene analysiert und bereit ist, im Sinne der arbeitenden Menschen Änderungen einzuleiten.

### Unsere Forderungen:

**Brandenburg braucht Regionale Initiativen und eine Fortschreibung der Regionalen Entwicklungspläne und eine Stärkung der regionalen Entscheidungsgremien!**

**Regionale Entwicklungskonzepte** und Konzepte zur ländlichen Entwicklung bedürfen der besonderen - auch finanziellen Unterstützung der Landesregierung. Eine unerlässliche Voraussetzung für das Gelingen von regionalen Initiativen ist die Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen vor Ort. Auch die Gewerkschaften und der DGB sind als Sozialpartner ausreichend zu beteiligen. Der Ausbau der sozialen, kulturellen und Mobilitäts-Infrastruktur muss der Schwerpunkt aller Initiativen sein. Dies wird nicht erreicht, wenn von der Politik ausschließlich wirtschaftliche Interessen bedient werden. Zurzeit überwiegt die Beteiligung von VertreterInnen der Wirtschaft während andere Akteure zurückgedrängt werden.

Der DGB fordert den **Erhalt der Planungsregionen** und den Erhalt der **Regionalversammlungen** sowie eine Verbesserung der Personalausstattung der Planungsbüros. Regionale Planungsgemeinschaften müssen gestärkt werden. Eine echte **Beteiligung des DGB** und seiner Gewerkschaften ist unerlässlich. Dies gilt auch für die Landesplanung.

Die Entwicklung der **ländlichen Räume** darf nicht allein in der Zuständigkeit des Ministeriums für ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz belassen werden. Hier sind auch andere Ministerien wichtige Entscheidungsträger.

Die **Vielfalt der Regionen** muss erhalten bleiben. Deshalb sind dezentrale Strukturen auszubauen und zu stärken. Mit Hilfe von Vergabe vor Ort muss **öffentliche Nachfrage** in den Regionen geschaffen und stabilisiert werden.

Die vorhandenen Teilpläne sind der Entwicklung der Bevölkerung anzupassen. Das Land muss weiterhin den Ausgleich zwischen den Regionen organisieren. Der **Landesentwicklungsplan** ist gemäß Raumordnungsgesetz fortzuschreiben.

Das **Angebot auf der Schiene** ist dringend verbesserungswürdig. Brandenburg kann sich als Transitland nicht länger leisten, vor allem auf die Straße zu setzen. Die Privatisierung öffentlicher Verkehrsleistungen lehnen wir ab. Auch im Rahmen der Konjunkturpolitik und angesichts des Klimawandels erwarten wir eine stärkere Hinwendung zum Schienenverkehr.

**Brandenburg braucht Gute Arbeit sowohl in Dienstleistungsunternehmen als auch in der Industrie!**

Die Anzahl der **sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze** entspricht nicht dem Bedarf im Land. Aber auch bei der **Entlohnung** besteht immer noch ein großer Nachholbedarf.

Da die **industrielle Basis** in Brandenburg dringend verbessert werden muss, sind in der kommenden Legislaturperiode vor allem **industriepolitische Initiativen** und Schwerpunktsetzungen gefragt. Wie in Berlin sollte die Brandenburger Landesregierung sich als wichtiger Ansprechpartner für Industrieunternehmen aufstellen und damit Bestandspflege betreiben und Werbung für den Industriestandort machen. Hochwertige, moderne Industrie siedelt sich aber nur an, wenn die **weichen Standortfaktoren** stimmen –wie Arbeitsbedingungen, Löhne, schulisches und kulturelles Angebot, positive Einstellung zur Mitbestimmung. Ein Werben mit dem Niedriglohn steht diesen Interessen diametral entgegen.

Aus Sicht des DGB ist für Brandenburg eine **integrierte Klima-, Energie-, Industrie- und Verkehrspolitik** von Vorteil. Diese Politik muss sowohl die industriellen Verfahren im Blickpunkt haben als auch Neue Techniken, Umwelttechnik und umweltfreundliche Produkte fördern. Von zentraler Bedeutung sind für uns:

- der stetige Ausbau der erneuerbaren Energien mit einer weiteren Verbesserung der technischen Effizienz
- der weitere Einsatz fossiler Energieträger unter Verwendung umwelt- und klimafreundlicher Technologien
- die weitere Erhöhung der Energie- und Materialeffizienz über die gesamte Energiekette
- die Berücksichtigung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit bei jedem einzelnen industriellen Prozess und bei den Produkten
- die Stärkung des Verkehrstechnikstandorts Brandenburg durch eine stetige, verlässliche öffentliche Auftragsvergabe
- die Stärkung des Stahlstandortes Brandenburg durch verlässliche öffentliche Auftragsvergabe
- die weitere Sicherung des Stahlstandortes Eisenhüttenstadt und die Aufnahme der Erfahrungen aus der Entwicklung dieses Standortes in den weiteren Ausbau Regionaler Entwicklungskerne
- der Ausbau der Energieregion Lausitz-Spreewald
- die Stärkung der Zusammenarbeit von Hochschulen und Wissenschaftsstandorten mit der Industrie.

Unternehmen, die Wirtschaftsförderung erhalten, müssen Vorbildfunktion bei der Schaffung von **Guter Arbeit** übernehmen. Auch deshalb ist Wirtschaftsförderung an die Schaffung zusätzlicher, tariflich entlohnter Arbeitsplätze zu koppeln.

Direkte Finanzhilfen an Betriebe müssen obligatorisch an eine **Stellungnahme der Arbeitnehmerseite** gebunden werden. Betriebsrat und zuständige Gewerkschaft äußern sich darin über die Einhaltung des arbeits- und tarifrechtlichen Rahmens und über die Beschäftigungsrelevanz der beantragten Förderung. **Wirtschaftsförderung** muss **zurückgefordert** werden, wenn angekündigte Investitionen oder Arbeitsplätze ausbleiben oder Produktionsverlagerungen ins Ausland erfolgen.

Die **dauernde Alimentierung** der Wirtschaft mit Hilfe von Wirtschaftsförderungsmitteln, niedrigen Steuern und die ausschließliche Fokussierung auf den Ausbau der wirtschaftsorientierten Infrastruktur hat den Blick verstellt auf die Interessen der Mehrzahl der Brandenburger Bevölkerung. Das nützt weder den Unternehmen noch der Wohnbevölkerung. Überdacht werden muss, ob bei knapper werdenden Mitteln die Wirtschaft auf Dauer alimentiert werden kann. So ist zu prüfen, ob die seit Jahren praktizierte **Wirtschaftsförderung** effektiv im Sinne der Entwicklung des Landes genutzt worden ist. Nicht alles, was der Wirtschaft nützt, nützt auch der Bevölkerung. So sind **Rationalisierungsinvestitionen** allein durch eigene Mittel der Unternehmen zu finanzieren und nicht staatlich zu subventionieren.

Viele Unternehmer haben sich zu sehr an pauschale Förderung gewöhnt und vernachlässigen die Zukunftsaufgaben Innovation und Qualifizierung. Dieser Haltung muss durch **inhaltliche Förderziele** und **Auflagen** begegnet werden.

Um den künftigen **Fachkräftebedarf** zu sichern, sind vor allem die **Betriebe in der Pflicht**. Wir fordern sie hiermit zu einer **Ausbildungs- und Weiterbildungsinitiative** auf. Die Unternehmen sind gefordert, mit ihrer **Personalentwicklung, Arbeitsorganisation, Arbeitsgestaltung, Verstärkung ihrer beruflichen Bildungsarbeit, mit Qualifikationsmaßnahmen** für ihre Beschäftigten und genügend langen **Einarbeitungszeiten für neueingestelltes Personal** zur Fachkräfteentwicklung und Stärkung des Standortes beizutragen. Bei Einstellung sollten auch ältere Arbeitslose und Jugendliche, die vorschnell als nicht „ausbildungsfähig“ abqualifiziert werden, Berücksichtigung finden. Von der Ideologie der niedrigen Löhne ist dringend Abstand zu nehmen.

Das Konzept der Schaffung von Stammebelegschaften und Randbelegschaften hat zur Diskriminierung von ganzen Berufen, von Berufsanfängern und vor allem von älteren Arbeitnehmern geführt. Menschen brauchen Perspektiven. Diese Perspektiven werden vor allem durch **Leiharbeit** unterlaufen. Wir fordern die Unternehmen auf, sich wieder ihrer sozialen Verantwortung bewusst zu werden. Da im Wege der Freiwilligkeit hier gar nichts läuft, ist der Gesetzgeber gefordert, dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wieder zum Durchbruch zu verhelfen und auch die Übernahmepflicht der Entleihbetriebe wieder gesetzlich zu regeln.

Bei der Gestaltung von **Innovationsprozessen** spielt die betriebliche und überbetriebliche **Mitbestimmung** eine entscheidende Rolle, da die Betriebs- und Aufsichtsratsmitglieder aufgrund der Nähe zu den Beschäftigten über Erfahrungswerte, verfügen, die zum Vorteil von Unternehmen und seiner Beschäftigten genutzt werden können. Insgesamt stärkt Mitbestimmung die Leistungskraft der Unternehmen. Diese Tatsache muss auch von der

Wirtschaftspolitik des Landes anerkannt und gefördert werden. So erneuern wir unsere Forderung auf Förderung von **Betriebsrätenetzwerken**.

Wir legen weiterhin viel Wert auf die **Beteiligung der Gewerkschaften** bei der Konzeption von Wirtschaftsförderung und beim Herausreichen von Mitteln. Gerade weil sich bei der **Bestandssicherung** die Arbeit von Betriebsräten und Gewerkschaften bewährt hat, sollten sie bei der Konzeption von Wirtschaftsförderung und bei der Mittelherausreichung verstärkt beteiligt werden. Der vom Wirtschaftsministerium während der Finanz- und Wirtschaftskrise ins Leben gerufene **Konjunkturbeirat**, zu dem auch der DGB eingeladen wurde, ist ein guter Anfang. Er sollte weiterhin einberufen werden.

**Öffentliche Nachfrage** ist aktive Wirtschaftsförderung. Staatliche Nachfrage sichert Arbeitsplätze und muss auch die Schaffung tariflich entlohnter Arbeitsplätze im Auge behalten. In Brandenburg ist dringend erforderlich, dass die öffentliche Nachfrage stabilisiert und verstetigt wird. Von öffentlicher Nachfrage ist sowohl die Industrie (Verkehrstechnik, Umwelttechnik, Auto- und Stahlindustrie) als auch die Bauwirtschaft und das Handwerk abhängig. Die durch die Sparpolitik des Landes **erzwungene Investitionszurückhaltung** der Kommunen hat mit dazu beigetragen, dass die regionale **Binnennachfrage** hinter den Erwartungen zurück geblieben ist. Dies hat auch zur Schrumpfung der **Bauwirtschaft** geführt. Das Fachpersonal ist arbeitslos oder pendelt zu den Arbeitsorten außerhalb Brandenburgs. Es wird deshalb schwierig sein, die Konjunkturpakete des Bundes zum Wohle des Landes umzusetzen. Die Zukunft der Bauwirtschaft in Brandenburg muss ein Schwerpunktthema in der neuen Landespolitik werden.

Bei Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist strikt darauf zu achten, dass Tarifverträge nicht ausgehebelt werden. Der Erlass eines **Vergabegesetzes**, mit dem **soziale Standards** - wie Einhaltung von Tarifverträgen - bei der Auftrags Erfüllung Beachtung finden müssen, ist überfällig. Dem steht auch europäisches Recht nicht im Wege.

Ganz besonders in unserer Region hat sich der Leitsatz breit gemacht, dass fehlende örtliche Nachfrage durch Nachfrage von außen ersetzt werden kann. Wir sprechen uns hier nicht gegen den **Tourismus** aus, warnen aber davor, ausschließlich auf die Nachfrage durch Tourismus zu setzen. Insbesondere ist es ein Fehler, die örtliche Infrastruktur allein an touristischen Interessen auszurichten. Der im Land prognostizierte Fachkräftemangel fordert Weichenstellungen im Sinne der Wohnortbevölkerung. Die Tourismusbranche ist ein belebendes Element in der Brandenburger Wirtschaft, sie kann aber – ganz besonders in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise - nicht der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung sein.

Ein **bürgernahe öffentlicher Dienst** ist der Garant für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung Brandenburgs. Die Vergangenheit zeigt, dass Privatisierungen zu deutlich höheren Kosten für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen und zur Ausdünnung des Angebots, zu niedrigen

Löhnen und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt haben. Wir fordern den Verzicht und die Rücknahme von Privatisierungen. – Neben der Sicherung öffentlicher Dienstleistungen sind neben den Bundes-Konjunkturpaketen weitere **Investitionsoffensiven des Landes Brandenburg** für den Ausbau der Infrastruktur und den Ausbau von Bildungsangeboten erforderlich.

Die Gewerkschaften im DGB stehen für eine **Tarifpolitik** der Kaufkraftförderung und der Lohn- und Einkommens-Gerechtigkeit. Wir kritisieren, dass die Tarifpolitik der Gewerkschaften durch Sozialdumping, Niedriglohninitiativen, Appelle zur Arbeitszeitverlängerung und zur Beschönigung der Folgen von Leiharbeit unterlaufen wurden. Hier ist politisches Handeln gefragt. Wir erwarten **gesetzliche Initiativen** zur Wiedereinführung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der **Leiharbeit**, die Einschränkung der **Befristung** von Arbeit und gesetzliche Initiativen zur Eingrenzung von **Mini-Jobs** und weitere Initiativen für Mindestlöhne, die unserer Forderung nach „kein Lohn unter € 7,50“ entsprechen. Unterstützung durch den DGB erfahren alle demokratischen Parteien, die die **Tarifautonomie** respektieren und (nicht nur verbal) schützen und die ebenfalls erkannt haben, dass niedrige Löhne keinen Wirtschaftsaufschwung bringen werden und keinen Beitrag zur Lösung der Massenarbeitslosigkeit leisten.

### **Brandenburg braucht weiterhin eine aktive Landes- Arbeitsmarktpolitik!**

Brandenburg gehört zu den **strukturschwachen Regionen**, in denen die besondere Förderung von Problemgruppen greifen muss. Ältere Arbeitslose sind mit Hilfe von Initiativen der Landesregierung wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern, dies ist auch ein Beitrag zur Bewältigung der immer wieder ins Feld geführten demographischen Probleme. Nur so kann Erfahrungswissen erhalten und weiter gegeben werden. Die Jugend braucht ebenfalls Zukunftsperspektiven. Abzulehnen ist, dass die unterschiedlichen Altersgruppen der von Arbeitslosigkeit Betroffenen auch mit Hilfe von Hartz IV immer wieder gegeneinander ausgespielt werden.

Arbeitsmarktpolitik darf **nicht zur Einschränkung von Bürgerrechten** missbraucht werden. Arbeitslose sind keine „Kunden“ sondern Beitragszahler und haben deshalb besondere Rechte. Wir wenden uns gegen jegliche Diskriminierung von Arbeitslosen. Deshalb darf längere Arbeitslosigkeit auch nicht dazu missbraucht werden, den Betroffenen ihre **Qualifikation** abzuerkennen, indem man Arbeitslose, die länger als 4 Jahre ohne Arbeit sind, trotz vorhandener Berufsabschlüsse als „unqualifiziert“ einstuft.

**Öffentlich geförderte Beschäftigung** muss sozialversicherungs-pflichtig und **tarifgebunden** sein, vorhandene Qualifikationen sind zu beachten und auszubauen. Arbeitslose müssen die Chance haben, sich mit Hilfe von öffentlich geförderter Arbeit wieder ins Sozialversicherungssystem zu **integrieren**. Das bedeutet: kein Ausschluss aus der Arbeitslosenversicherung

bei „Arbeitseinsätzen“ und eine Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslosengeldempfänger.

Öffentlich geförderte Beschäftigung muss im öffentlichen Interesse und gesellschaftlich **sinnvoll** sein. Sie darf nicht zu Lohndrückerei führen und ist nicht als Almosen zu verteilen. Sie muss für die Betroffenen **sinnstiftend** sein und darf nicht zur Verdrängung und Vernichtung von Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt missbraucht werden. Die Maßnahmen sind so zu gestalten, dass die Beschäftigungsfähigkeit, soweit diese zwischenzeitlich verloren gegangen ist, aufgebaut, verbessert und erhalten wird. - Bei allen Maßnahmen ist erforderlich, dass ein **Brückenbau** in den ersten Arbeitsmarkt im Fokus steht. Dies kann nur mit fundierten **Qualifikationsmaßnahmen** erreicht werden, die am Bedarf der Betroffenen orientiert sind und nicht an wirtschaftlichen Interessen. Die Erfahrungen der Arbeitsfördergesellschaften und der sozialen Träger sind bei der Ausgestaltung und beim Angebot von öffentlich geförderter Arbeit unbedingt zu nutzen

Das Land Brandenburg wird aufgefordert, sich mit Hilfe des Bundesrates für eine **Verlängerung der Bezugsdauer** beim Arbeitslosengeld I einzusetzen. Die vielfach gebrochenen Erwerbsbiografien in unserem Land wirken sich nachteilig auf den Arbeitslosengeld I – Bezug aus. Sie verkürzen die Dauer des Bezugs dramatisch. - Die Verarmung der Bevölkerung infolge der Hartz Gesetzgebung muss gestoppt werden, indem die Arbeitslosengeld II Sätze an den Bedarf der Menschen angepasst werden. Die unsinnige „Vermögens“-Anrechnung, die zum Verbrauch von **Alterssicherungsvermögen** führt, gehört ebenfalls endlich revidiert. Die Anrechnungen von **Partnereinkommen** sollen auch nur in begrenzten Ausnahmefällen und nur bei wirklich höheren Einkommen möglich sein.

Arbeitsmarktpolitik erfordert Transparenz. Diese kann nur mit Hilfe von **lokalen Bilanzen** und unter Beteiligung der Sozialpartner erreicht werden.

Der integrierte Ansatz der europäischen Beschäftigungsstrategie ist zu beachten. Dies bedeutet eine Verzahnung von Arbeitsmarktpolitik und Strukturpolitik und die Verknüpfung mit regionaler Wirtschaftsförderung. Arbeitsmarktpolitik muss vom Bedarf der vor Ort vorhandenen **Zielgruppen** ausgehen.

Mit der **Integration** von Arbeitslosen auf dem ersten Arbeitsmarkt aber auch auf dem zweiten Arbeitsmarkt muss Ernst gemacht werden. Wir erwarten von der neuen Landesregierung, dass sie sich für die Arbeitsmarktpolitik weiter verantwortlich fühlt. Die Einführung der **Regionalbudgets** und die Initiativen zur Bewältigung des **Fachkräftebedarfs** waren richtige Schritte. Die Mittel des Europäischen Sozialfonds dürfen aber nicht als verkappte Wirtschaftsförderung genutzt werden. Im Vordergrund müssen Initiativen zur **sozialen Integration** von Arbeitslosen stehen. Trotz europäischer Vorgaben ist bei der Vergabe von Regionalbudgetmitteln die **Beteiligung aller Sozialpartner** immer noch nicht in allen kommunalen Gremien gewährleistet. Hier hat das Land klare Vorgaben zu machen.

Auch mit diesen Forderungen ist die grundsätzliche Kritik, die der DGB an der Hartz – Gesetzgebung immer wieder geäußert hat, nicht vom Tisch. Die

**Zumutbarkeit** muss neu formuliert werden und die Ausweitung von **Arbeitsgelegenheiten** gestoppt werden. Wir fordern eine Rücknahme der Kommunalisierung der Arbeitsmarktpolitik und eine Stärkung der Bundesanstalt für Arbeit. Nur so kann ein Förderungsgefälle zwischen einzelnen Regionen verhindert werden.

### Brandenburg braucht neue Zielsetzungen in der Bildungspolitik!

**Bildungspolitik ist Verteilungspolitik.** Bildungspolitik muss sich an den Interessen sozial schwacher Familien, die vielfach als „bildungsfern“ abqualifiziert werden, messen lassen. Selektion im Bildungswesen ist nicht nur schädlich für einzelne Betroffene, sie schmälert die Zukunftschancen des gesamten Landes. In der vergangenen Legislaturperiode haben vielfältige Reformen im Bildungswesen Brandenburgs stattgefunden. Diese waren aber nicht immer vom Leitsatz der **gleichen Chancen** geprägt. **Chancengleichheit** für jedes Kind und für jeden Jugendlichen muss die Leitmaxime für die Ausgestaltung eines zukunftsfähigen Bildungssystems in Brandenburg sein.

Bildung schafft grundlegende Voraussetzungen für die **Demokratie-Entwicklung** in unserem Land. Sie muss die Menschen in die Lage versetzen, sich an politischen und gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen.

Der DGB mahnt weiter den **gesellschaftlichen Dialog** über Ziele und Inhalte von Bildung an. Bei diesem Dialog ist der reiche Erfahrungsschatz der Pädagoginnen und Pädagogen zu nutzen. Der DGB legt viel Wert auf **Mitbestimmung und Beteiligung**. Nur, wenn die Kompetenz von vielen genutzt und die Kompetenz vieler gefördert wird, können die Zukunftsfragen nachhaltig gelöst werden.

Wir fordern eine **Stärkung der Kindertagesstätten** durch eine deutliche Senkung des Betreuungsschlüssels. Der **Rechtsanspruch** auf Bildung und Erziehung in einer Kindereinrichtung muss für jedes Kind uneingeschränkt festgeschrieben werden. Die **Aufwertung** des Berufs der **Erzieherin/des Erziehers** ist überfällig, sie muss sich in der Bezahlung und in den Arbeitsbedingungen auch der bereits in diesem Beruf Beschäftigten widerspiegeln. Aus-, Fort- und Weiterbildung kann nur erfolgreich in Anspruch genommen werden, wenn die Stellenschlüssel endlich dem Bedarf vor Ort entsprechen und nicht willkürlich unter fiskalischen Gesichtspunkten festgelegt werden.

Die **Jugendarbeit** muss vom Land als wichtiger Standortfaktor betrachtet werden. Jugendarbeit braucht **verlässliche finanzielle Mittel**, ist von **Fachkräften** zu leisten und durch Dauerarbeitsverhältnisse zu stärken. In der vom Land gewünschten verstärkten Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule sind Jugendverbände als wichtige, politische Partner zu berücksichtigen.

Das in der **Brandenburger Schulpolitik** bisher gepflegte Selektionsbedürfnis lehnen wir ab. Künftig muss die Förderung von Schülerinnen und Schülern qualifiziert von der Schulpolitik des Landes unterstützt werden. Dies geht nicht durch verbal geäußerte Wünsche und Hoffnungen an die Lehrerschaft sondern nur durch die Zurverfügungstellung von **mehr Zeit in der Bildung**. Diese Forderung ist auch in den unterschiedlichsten Facetten in dem aktuellen Streik von SchülerInnen und StudentInnen immer wieder laut erhoben worden.

Wir begrüßen die Einführung der **Sekundarschule** bis zur 10. Klasse, vermissen aber die weitere Durchlässigkeit in den Schulsystemen und lehnen den weiterhin möglichen frühzeitigen Übergang ins Gymnasium ab. Auch die Ausbreitung privater Eliteschulen sehen wir mit Sorge.

In der Schulpolitik muss der **Inhalt von Bildung** in Zukunft eine stärkere Rolle spielen als die ständigen Strukturdebatten: Schulen dürfen nicht nur formales Wissen vermitteln, sie müssen auch soziale und gesellschaftspolitische Kompetenzen vermitteln. Tests dürfen nicht zur Selektion missbraucht werden, ihre Ergebnisse müssen vielmehr zu Verbesserungen im Schulalltag führen. Das Fach **Politische Bildung** ist zu stärken, es darf nicht abwählbar sein.

Der Erhalt einer **wohnortnahen** schulischen Infrastruktur ist für das Land Brandenburg unverzichtbar. **Kleine Klassen** fördern den Lernerfolg und tragen zur Entlastung der LehrerInnen bei. Die Zuwendung zum Kind/Jugendlichen ist nur mit Hilfe kleiner Klassen erreichbar. Zur Stärkung von Kindern aus sozial-schwachen Haushalten muss die Schulsozialarbeit durch die Einstellung von mehr SozialarbeiterInnen an den Schulen verstärkt werden.

Ziel aller Bemühungen muss eine **Gute Schule für alle** sein.

Bei der dualen Ausbildung muss die Wirtschaft endlich stärker in die Verantwortung für eine ausreichende Anzahl von Ausbildungsplätzen genommen werden. In Zukunft muss viel mehr Wert auf **Gute Ausbildung in Zukunftsberufen** gelegt werden. Dies kann nur erreicht werden, wenn über Bedarf Ausbildungsplätze angeboten werden und junge Menschen wirklich die Möglichkeit haben, ihren Beruf gemessen an ihren Begabungen und Interessen frei zu wählen. Ganz besonders Kinder und Jugendliche aus sozial-schwachen Familien sind durch besondere Ansprache zu fördern. Die Trennung von „Hartz IV-Jugendlichen“ von Jugendlichen aus normal verdienenden Familien in der Berufsberatung ist diskriminierend und prägt die Betroffenen fürs Leben. Künftig darf es nur eine Berufsberatung geben, die bei der Arbeitsagentur angesiedelt ist. Die Anrechnung von sozialen Zuschüssen auf die Hartz IV Sätze von Jugendlichen konterkariert die örtlichen Bemühungen. Künftig ist bei Auflage derartiger Leistungen unverzüglich klarzustellen, dass jegliche Anrechnung auf die Hartz IV Sätze unterbleibt.

Da die **Ausbildung von Mädchen** in Brandenburg nur in wenigen – meist frauentypischen, später schlecht bezahlten – Berufen stattfindet, muss hier dringend gegengesteuert werden. Die Ansprache von Mädchen für gewerblich-technische Berufe und bei Berufen mit hoher Existenzsicherung muss noch weiter verbessert werden. Hier sind auch Schulen mehr in der

Pflicht. Die Wiedereinführung eines „Girls-Days“, an dem sich ausschließlich um Mädchen gekümmert wird aber auch die Gesellschaft im Sinne der Frauen angesprochen wird, wäre eine sehr gute Maßnahme.

Insgesamt muss mit der **Berufsorientierung** frühzeitig angesetzt werden, da Jugendliche ihre Berufswünsche oft zu sehr zurückschrauben, weil sie annehmen, dass sie ohnehin nicht gebraucht werden. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die Betriebe in der Vergangenheit ihre Ansprüche an die Bewerber viel zu hoch geschraubt haben und völlig normal gebildete Bewerberinnen und Bewerber keine Beachtung finden.

Die Forderung nach Einführung einer **Ausbildungsplatzabgabe** ist gerade aufgrund der Ausbildungsplatzsituation in Brandenburg für den DGB weiterhin eine seiner wichtigsten Forderungen. Hier erwarten wir Initiativen der Landesregierung.

In der **Hochschulbildung** müssen **Berufsabschlüsse und Berufserfahrungen** eine stärkere **Anrechnung** erfahren. Hier muss die Durchlässigkeit zwischen den Bildungssystemen, die in Brandenburg formal vorhanden ist, noch verbessert werden.

Junge Erwachsene aus **sozial schwachen Familien** sind verstärkt anzusprechen und auf finanzielle Fördermöglichkeiten für ihr Studium aufmerksam zu machen. Die **BAföG- Fördersätze** sind regelmäßig anzupassen; der Darlehensanteil ist zu senken. Die Verkürzung der Studienzeiten hat sich nicht bewährt. Sie wird von einer Vielzahl von Betroffenen abgelehnt, da eine Verschulung des Hochschulstudiums stattgefunden hat. Wir fordern eine Überprüfung der Dauer von Bachelor- und Masterstudiengänge ein.

### **Brandenburg braucht neue Weichenstellungen in der Finanz- und Haushaltspolitik!**

Die **Einnahmesituation** des Landes und der Brandenburger Kommunen hat sich aufgrund der Erhöhung der Mehrwertsteuer und nach Sicherung und Reform der Gewerbesteuer zwar grundlegend verbessert. Initiativen zur nachhaltigen Verbesserung der Einnahmesituation des Landes sind jedoch nicht erfolgt. Das Land setzt vielmehr auf Überprüfung und Kürzung der Ausgaben. **Umverteilungsprobleme** werden weder hier noch bei der ungerechten Steuerbelastung von Niedrig- und Normalverdienern gesehen. Das Setzen auf Konsumsteuern und Lohnsteuer ist aber im Angesicht der Finanz- und Wirtschaftskrise mehr als fahrlässig. Bei der Erhebung von Steuern müssen endlich diejenigen in den Fokus genommen werden, die in Zeiten des Neoliberalismus zu Wohlstand und Einfluss gekommen sind.

Die Finanzkrise zeigt, dass Mittel für Banken in unvorstellbarem Maße zu mobilisieren sind. Wir lehnen es ab, dass die Kosten der Krise wie aufgrund eines Naturgesetzes auf sozial Schwache und auf die RentnerInnen- und

ArbeitnehmerInnenhaushalte abgewälzt werden. Diese Sichtweise zeichnet sich bereits heute in der Anerkennung und Schaffung der **Schuldenbremse** für die Bundesländer ab. Wenn Politik nicht mehr bereit ist, langfristige Zukunftsaufgaben auch mit Hilfe von Krediten zu finanzieren, muss sie bereit sein, ihre **Steuerpolitik** zu überdenken. Die **Geschenke an Reiche** und Vermögende und Unternehmen haben das Land arm gemacht.

Der Staat ist verpflichtet, seine Ausgaben mit Hilfe von Steuern zu decken. Diese Steuern sind gerecht auf die Einkommensgruppen zu verteilen.

Ziel muss es sein, Bund, Länder und Kommunen nachhaltig mit ausreichenden Finanzmitteln auszustatten. Hierzu sind die Einnahmen der öffentlichen Haushalte durch eine gerechtere Steuerverteilung zu vergrößern. Eine Novellierung der **Erbschaftsteuer**, die Wiedereinführung der **Vermögenssteuer** und die Wiedereinführung der **Börsenumsatzsteuer** sind überfällig. Hierzu erwarten wir Initiativen der neu gewählten Landesregierung auf Bundesebene.

Die **ungerechte Belastung** der Faktoren Arbeit und Kapital muss wieder ins Lot gebracht werden. Die Neuordnung der Steuern und Abgaben ist auch beschäftigungspolitisch geboten. Denn bisher hat die mangelnde Entwicklung der Nettoeinkommen dazu geführt, dass Dienstleistungsunternehmen nicht oder nur in geringem Maße entstehen oder von vornherein auf Nachfrage von außen setzen. Auch hierzu erwartet der DGB klare Aussagen der Brandenburger Landesregierung und **Initiativen auf Bundesebene**.

Finanzpolitik muss die künftigen Steuereinnahmen im Fokus haben und hier für Nachhaltigkeit sorgen. Das ständige Bearbeiten der Ausgabeseite schränkt die Zukunftschancen insbesondere der nachwachsenden Generation ein. Deshalb erteilen wir der Sparpolitik eine klare Absage.

### **Brandenburg muss die Gemeindefinanzen absichern!**

Mit den **Konjunkturpaketen I und II** sind die Kommunen wieder ins Blickfeld der Investitionspolitik genommen worden. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Kommunen. Die Programme sind aber nicht auf Dauer angelegt. Der DGB befürchtet, dass weiterhin nichts dafür getan wird, die Finanzkraft der Kommunen nachhaltig zu stärken und damit Arbeitsplätze zu sichern.

Die Gemeinden Brandenburgs haben als **Lebensort** eine wichtige Funktion. Sie sorgen für die Betreuung und Bildung unserer Kinder in Kitas und Schulen, für Freizeit- und Sporteinrichtungen. Sie schaffen die Infrastruktur für Gesundheit, für Straßen und öffentlichen Nahverkehr. Städte und Gemeinden sorgen dafür, dass unser Leben funktioniert und lebenswert bleibt. Damit all das in vernünftigem Maße weiter laufen kann, brauchen die Brandenburger Kommunen eine solide Finanzgrundlage.

Aufgrund der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen der Landesregierung wurden der Ausbau und die Absicherung der **sozialen Infrastruktur** immer

mehr in den Hintergrund gedrängt. Jetzt muss endlich erkannt werden, dass den Kommunen zur Absicherung einer bedarfsgerechten Öffentlichen Daseinsvorsorge nicht genügend Personal und für Investitionen zu wenig Mittel zur Verfügung stehen. Mit Hilfe von Benchmarking-Vergleichen wird die personelle Ausstattung immer weiter runter gefahren. Viel zu eng begrenzte Stellenpläne gehen am Bedarf vor Ort total vorbei. Dies muss sich ändern sonst wird es ein Wachstum in den und der Kommunen nicht geben.

Solide Finanzgrundlagen sind auch erforderlich, damit die Brandenburger Kommunen künftig wieder mehr als Arbeitsort in Erscheinung treten können. Um Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen, ist die öffentliche Investitionskraft der Gemeinden ein wichtiger Faktor.

Arbeitsplätze im Handwerk und in kleinen und mittleren Unternehmen sind nicht nur von der Kaufkraft der Brandenburgerinnen und Brandenburger abhängig, sie hängen auch von der Vergabe ab, die die öffentliche Hand tätigen kann. Eine falsch verstandene Sparpolitik vernichtet hier in zunehmendem Maße Beschäftigungschancen. Auch deshalb setzt sich der DGB für die Stärkung der **Investitionskraft der Kommunen** ein. Die Finanzkraft der Kommunen ist auch zu sichern, um die **öffentliche Daseinsvorsorge** mit dem **Bedarf der Bewohnerinnen und Bewohner** der Kommunen in Einklang zu bringen.

Unsere Städte und Gemeinden müssen lebenswert bleiben, Kommunen müssen investieren und gestalten können. Deshalb fordert der DGB die zukünftige Landesregierung auf, sich für eine **nachhaltige Verbesserung der kommunalen Einnahmen** einzusetzen. Die Einsparung sogenannter freiwilliger Leistungen und die ohnehin bereits weit fortgeschrittene Privatisierung von Kernbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge untergräbt die Attraktivität der Arbeits-, Lebens- und Wohnbedingungen der Menschen dauerhaft. Auch im Rahmen der Standortpflege erwarten wir, dass sich das Land Brandenburg weiterhin klar für den Erhalt und den Ausbau der **Gewerbesteuer** ausspricht.

### Brandenburg braucht einen zukunftsfähigen Öffentlichen Dienst!

Der erzwungene Rückzug des Staates aus vielen Bereichen hat unsere Gesellschaft geschwächt und die soziale Polarisierung verschärft. Zu lange wurde der öffentliche Dienst in Brandenburg finanziell ausgetrocknet, wurden Betriebe privatisiert ohne Rücksicht auf die Folgen für unser Gemeinwesen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst wurden zu Prügeln eines ungeliebten Systems. Wir stellen fest: Wer den öffentlichen Dienst demontiert, gefährdet die Gesellschaft und entzieht uns den Boden, auf dem unser Gemeinwesen gedeihen kann.

Öffentliche Dienstleistungen lassen sich nur dann bürgernah, bezahlbar und qualitativ hochwertig anbieten, wenn dafür das notwendige, qualifizierte Personal vorhanden ist.

Wir fordern die Abgeordneten des neugewählten Landtages auf, die Weichen für eine Aufwertung des öffentlichen Dienstes zu stellen und die öffentliche Daseinsvorsorge als wichtige Zukunftsaufgabe zu behandeln.

Wir fordern den Stopp des Stellenabbaus, die Beendigung der Arbeitsverdichtung und lehnen Arbeitszeitverlängerungen im öffentlichen Dienst ab. Die Einkommenssituation muss Schritt halten mit anderen Branchen und mit der Entwicklung in den anderen Bundesländern. Die Mitbestimmung ist zu stärken.

Die Privatisierung hat sich als Sackgasse erwiesen. Mit der Privatisierung verloren die Städte auch politischen Einfluss und öffentliche Kontrolle. Die Kommunen können die jeweiligen Dienste ebenso günstig anbieten wie die Privaten. Der Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen bei privatisierten Einrichtungen muss beendet werden, indem die pauschalen Zahlungen für ihre Arbeit überprüft werden und sich nach dem jeweiligen Bedarf und nach tariflich bezahlter Arbeit richten. Zu prüfen ist, in welchen Bereichen Reprivatisierungen zur Aufwertung und Verbesserung von Dienstleistungen führen.

### **Kultur gehört zum Leben!**

Zur Sicherung des **kulturellen Angebots** fordert der DGB eine stärkere Hinwendung der Landesregierung zum Bereich der Kulturarbeit. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Arbeitsplätze in Theatern und anderen Kultureinrichtungen sowie in den Musikschulen zu sichern. Die Literaturförderung und Förderung von Bildender Kunst und Musik muss ausgebaut werden. Die Arbeitsbedingungen in kulturellen Einrichtungen sind zu verbessern, die Künstlersozialversicherung muss weiter entwickelt und verbessert werden. Die Mitbestimmung in Kultureinrichtungen ist zu stärken. Die Qualifikation der Beschäftigten ist an die stetig wachsenden Anforderungen anzupassen und zu stärken. Die zusätzliche Altersvorsorge muss eingeführt werden.

### **Brandenburg muss wieder ein Land des sozialen Ausgleichs werden!**

Viele Menschen treibt die Angst um, dass sie auf Dauer die Lasten der wirtschaftlichen Krise zu tragen haben und ihre Perspektiven auf ein auskömmliches Leben auf immer verstellt werden. Auch deshalb muss die Wirtschaftspolitik an den Interessen der Menschen auf **Existenzsichernde Arbeit** ausgerichtet werden. Gleichstellungsfragen dürfen nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss weiterhin als gesellschaftspolitisches Ziel in der Politik Beachtung finden. Die im Land vorhandenen sozialen Probleme erfordern es, dass künftig mehr ressortübergreifende Arbeiten in der Landesregierung erforderlich sind und ressortübergreifende Lösungen gefunden werden müssen.

Aber auch auf **Bundesebene** muss das Land sich für den sozialen Ausgleich einsetzen. Diese Prämisse hat das Land durch sein Abstimmungsverhalten im Bundesrat in der Vergangenheit vielfach nicht deutlich werden lassen. Hier erwartet der DGB in Zukunft mehr Initiativen.

**Frauenpolitik** ist in den letzten Jahren ins Hintertreffen geraten. Dies rächt sich. Vor allem junge Frauen haben in den letzten Jahren das Land verlassen. Gleichstellungspolitik muss wieder einen Schwerpunkt der Brandenburger Politik bilden. Dazu gehört, dass in der Jugendarbeit auf die besonderen Interessenlagen von Mädchen eingegangen wird. Auch eine Initiative für Frauen in technischen Berufen und eine Initiative zur Besetzung von politischen Ämtern und von Führungspositionen in Wirtschaftsunternehmen in Privatbetrieben halten wir für dringend erforderlich.

**Keine Stimme den Nazis!**

**Potsdam, im Juli 2009**

ViSdP.: Ursula Schäfer, DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, DGB Informationsbüro Brandenburg, Breite Str. 9a, 14467 Potsdam; [ursula.schaefer@dgb.de](mailto:ursula.schaefer@dgb.de)

